

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Leo Schwarz

11.08.2020

GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Die Revolution beschleunigen

Euphorische Atmosphäre: Vor 100 Jahren endete in Moskau der II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale



imago/United Archives International

Kurze Pause: Lenin (Vordergrund) mit Teilnehmern des II. Weltkongresses am Eröffnungstag in Petrograd (19.7.1920)

Wenn sich von ein oder zwei der sieben Weltkongresse der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (KI) immerhin sagen lässt, über sie werde auch heute noch hin und wieder debattiert – über den sechsten (1928) und vor allem den siebten (1935) –, so ist doch für die Mehrzahl dieser Gipfeltreffen der kommunistischen Weltbewegung zu konstatieren, dass sie vergessen sind. Für den II. Weltkongress, der heute vor 100 Jahren in Moskau zu Ende ging, gilt das in besonderem Maße. Bedauerlich ist das, weil dieser Kongress der eigentliche Gründungsakt der KI war, bei dem grundsätzlich geklärt wurde, »was wir als Kommunistische Internationale eigentlich sind, und was wir sein wollen« (Grigori Sinowjew). Im Juli/August 1920 wurden die Weichenstellungen vorgenommen,

durch die aus der »Propagandagesellschaft« eine wirksame »Kampforganisation des internationalen Proletariats« (ebenfalls Sinowjew) wurde. Eine für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wesentliche Folge des II. Weltkongresses war der Anschluss des linken Mehrheitsflügels der USPD – 1920 eine Massenpartei mit fast 900.000 Mitgliedern – an die Kommunistische Internationale bzw. dessen Vereinigung mit der KPD im Herbst 1920. Damit entstand eine kommunistische Massenpartei in Deutschland, die bis zu ihrer Zerschlagung 1933 die zweitgrößte KI-Sektion bildete.

Autorität der Bolschewiki

Zahl und politische Reichweite der Mitgliedsparteien der KI hatten bis zum Sommer 1920 bereits deutlich zugenommen. Hatten sich im Vorjahr nur rund 50 Delegierte aus 21 Ländern, in denen sich meist noch gar keine selbständige kommunistische Partei konstituiert hatte, in Moskau eingefunden, so zog der II. Weltkongress bereits 218 Delegierte (davon 167 mit beschließender Stimme) aus 37 Ländern an. Viele vertraten Parteien und Gruppen, in denen über einen Beitritt zur KI diskutiert wurde. Die Teilnehmer repräsentierten nahezu alle relevanten Strömungen der radikalen Linken in der revolutionären Nachkriegskrise. Aus Deutschland waren neben einer fünfköpfigen Delegation der KPD (Willi Budich, Paul Levi, Ernst Meyer, Jacob Walcher und Rosi Wolfstein) auch vier Delegierte der USPD – zwei (Artur Crispian und Wilhelm Dittmann) für den rechten, zwei (Walter Stoecker und Ernst Däumig) für den linken Flügel – angereist. Dazu kam noch ein Vertreter der anarchosyndikalistischen FAUD (Augustin Souchy). Die zwei mit einem Mandat zur Teilnahme versehenen Vertreter der KAPD – Otto Rühle und August Merges – reisten vor dem Beginn des Kongresses wieder ab, nachdem sie sich mit den dort zur Verhandlung stehenden Dokumenten vertraut gemacht hatten (die Mehrheit der KAPD-Mitglieder sah in dieser Entscheidung einen schweren Fehler; Rühle und Merges wurden auch deshalb im Herbst 1920 aus der Partei ausgeschlossen).

Dass überhaupt Vertreter der KAPD nach Russland gekommen waren, zeigt exemplarisch das enorme Ansehen und die hohe Autorität, über die die Bolschewiki zum damaligen Zeitpunkt verfügten. Denn das Verhältnis zwischen der KPD, die ja bereits Mitgliedspartei der KI war, und der KAPD war wenige Monate nach der Parteispaltung (siehe jW-Thema vom 23.10.2019) denkbar schlecht. In Berlin hatten KAPD-Anhänger mehrfach Versammlungen der KPD gesprengt; umgekehrt griff die KPD die KAPD in der Roten Fahne laufend polemisch an. Am 12. Mai 1920 verglich das Zentralorgan der KPD die KAPD, die sich gerade mit der »nationalbolschewistischen« Gruppe um Heinrich Laufenberg und Fritz

Wolffheim herumschlagen musste (sie wurde Anfang August 1920 ausgeschlossen), mit der NSDAP (vermutlich handelt es sich hierbei um die erste Erwähnung der Nazi-Partei in der Roten Fahne): »In München ist von Kreisen, die der berühmten Thule-Gesellschaft nahestehen, eine nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei gegründet worden. Der Sozialismus in Verbindung mit dem Nationalismus, die Unterstützung der Partei durch die Konterrevolutionäre, wer denkt da nicht an die KAPD?« Es war nicht die KPD-Führung, sondern insbesondere Lenin, der sich nachdrücklich um die »linke« Abspaltung, gegen die er vor dem II. Weltkongress seinen »Linken Radikalismus« geschrieben hatte, bemühte.

Debattiert und beschlossen wurden in Moskau nicht nur die Statuten der KI, sondern gleich mehrere programmatische Grundsatzdokumente, die zur Kenntnis genommen haben sollte, wer einen Begriff vom Selbstverständnis der kommunistischen Weltbewegung im Jahr 1920 erhalten will, die aber auch für die Debatten einer kommunistischen Linken interessant sind, von der ein Jahrhundert später nur noch ein Trümmerhaufen geblieben ist. Von besonderem Interesse in diesem Sinne sind die »Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution«, die »Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus« und schließlich die »Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale« (die »21 Bedingungen«).

Die Arbeiter vorbereiten

Der Kongress fand in einer ausgesprochen optimistischen, ja geradezu euphorischen Atmosphäre statt. Er trat auf dem Höhepunkt des polnisch-sowjetischen Krieges zusammen; als er am 19. Juli in Petrograd eröffnet wurde (am 23. Juli ging es in Moskau weiter), hatte die Rote Armee den polnischen Angriff zurückgeschlagen und war auf dem Weg nach Westen (ein »Angriff« auf Mittel- und Westeuropa – das sei an dieser Stelle angesichts einer unentwegt weiter betriebenen Legendenbildung kurz angemerkt – war das nicht; Pläne dafür existierten nicht, und ganz abgesehen davon wären die rund 100.000 Mann, die die Rote Armee für den Marsch Richtung Weichsel aufbieten konnte, dazu nicht einmal ansatzweise in der Lage gewesen). In diesen Wochen wurde zur Gewissheit, dass die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewonnen und alle ausländischen Interventionen erfolgreich abgewehrt hatten. Dazu kam noch ein anderer Aspekt: Sowjetrussland wurde in der europäischen Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt, als der spezifisch »linke« oder sozialdemokratische Antikommunismus bzw. Antibolschewismus noch nicht ausgereift bzw. eine weitgehend exklusive Angelegenheit rechter Funktionäre war, weit über deren linken Flügel hinaus Sympathie und Interesse entgegengebracht. Die unter der Losung »Hände weg von

Sowjetrussland!« stehende Solidaritätskampagne war im Sommer 1920 insbesondere in Deutschland eine echte Massenbewegung. Auf Bahnhöfen und in Häfen behinderten Arbeiter für Polen bestimmte Waffen- und Munitionstransporte; am 7. August unterzeichneten neben der KPD und der USPD auch SPD und ADGB einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, der die ausdrückliche Aufforderung enthielt, solche Transporte zu verhindern.

Dass die SPD-Führung sich gezwungen sah, gemeinsam mit der KPD einen Aufruf zu unterschreiben, zeigt, wie stark die sozialdemokratische Rechte im Sommer 1920 manövrieren musste, um den Kontakt zur Hauptströmung der Arbeiterbewegung nicht zu verlieren. Lenin hatte kurz vor dem Kongress in seinen Thesen über dessen Hauptaufgaben, die allen Delegierten übergeben wurden, geschrieben, dass in der eingetretenen Lage die Aufgabe der kommunistischen Parteien darin bestehe, die Arbeiterklasse auf die Revolution vorzubereiten. Die Revolution sei eine Möglichkeit, weil die ganze wirtschaftliche und politische Lage »ungewöhnlich reich an Zündstoff und an Anlässen zu seiner plötzlichen Entflammung« und die »allgemeine Krise« der bürgerlichen Parteien eine Tatsache sei. In der am 6. August 1920 angenommenen Entschließung über die wesentliche Aufgabe der KI hieß es, diese bestehe darin, »die Revolution zu beschleunigen«, nicht aber darin, sie »künstlich« hervorzurufen. Die von den Sektionen der KI zu organisierende Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die Revolution erfolge in der Hauptsache durch ihre ständig erneuerte »Aktion«. Diese Orientierung blieb – über alle strategischen und taktischen Modifikationen hinweg – die allgemeine programmatische Orientierung der KI, die sich in ihrem vom II. Weltkongress beschlossenen Statut als »einheitliche Kommunistische Partei der ganzen Welt« definierte, bis 1935.

Präzisiert wurde dieser Grundgedanke unter anderem in den Leitsätzen über den Parlamentarismus, der beschrieben wurde als »demokratische« Herrschaftsform der Bourgeoisie«, die »auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Fiktion einer Volksvertretung bedarf, die äußerlich als eine Organisation eines außerhalb der Klassen stehenden ›Volkswillens‹ erscheint«. Sie gingen in diesem Sinne davon aus, dass es »für uns« in der revolutionären Krise »um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats zur Zerstörung der bürgerlichen und für die Aufrichtung der neuen proletarischen Macht« gehe. Das Parlament könne »gegenwärtig« für die Kommunisten kein Schauplatz des Kampfes um eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, »wie dies in gewissen Augenblicken der vorhergegangenen Periode der Fall war«. Der »Schwerpunkt des politischen Lebens« liege nicht mehr im Parlament.

Gleichzeitig seien die Kommunisten keine grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus in dem Sinne, dass sie darauf verzichteten, etwa bei Wahlen anzutreten. Sie seien weiter daran interessiert, Genossen als »Kundschafter« mit »revolutionären Zielen« in die Parlamente zu schicken.

»Kindische Doktrin«

Den prinzipiellen »Antiparlamentarismus« im Sinne einer kategorischen Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen, den (nicht nur) die KAPD vertrat, wies die KI als »naive kindische Doktrin« zurück. Dieser Ansatz habe zwar bisweilen »einen gesunden Ekel vor den politikasternden Parlamentariern« zur Grundlage, sei aber politisch blind gegenüber der »Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus«. Umgekehrt folge aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit allerdings nicht die Anerkennung der Notwendigkeit dieser Betätigung bzw. der Teilnahme an Wahlen »unter allen Umständen«. Hier sei nach der konkreten Lage zu entscheiden und dabei »beständig die relative Unwichtigkeit dieser Frage« im Auge zu behalten (die entscheidende Frage sei die der Anerkennung des »Massenkampfes« um die proletarische Diktatur). Spaltungen »nur aus diesem Grunde« seien ein »schwerer Fehler«. Lenin nahm diesen Punkt sehr ernst. Aus der Überzeugung heraus, die Spaltung der Partei in Deutschland sei »nur aus diesem Grunde« erfolgt, ebnete er zusammen mit anderen führenden Bolschewiki der KAPD nach dem II. Weltkongress den Weg in die KI. Deren Anfang Dezember 1920 erfolgte Aufnahme als »sympathisierende Partei mit beratender Stimme« war einer der Gründe für den Rücktritt Paul Levis als Vorsitzender der VKPD im Februar 1921.

In den »Leitsätzen über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution«, die der II. Weltkongress verabschiedete, war davon die Rede, dass das Proletariat »vor entscheidenden Kämpfen« stehe. Die Epoche, »in der wir jetzt leben«, sei »die Epoche der offenen Bürgerkriege« – die »entscheidende Stunde naht«. Diese Diagnose gelte für fast alle Länder, »in denen es eine bedeutende Arbeiterbewegung gibt«.

Um die anstehenden Kämpfe zu bestehen, brauche die Arbeiterklasse eine »straffe Organisation«. Die kommunistische Partei wird als »Teil der Arbeiterklasse« definiert, und zwar als der »fortgeschrittenste, klassenbewussteste und daher revolutionärste«. Sie vertrete die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit und fungiere als Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse »die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt«. Die Partei werde allerdings bis zu dem Augenblick, »wo die Staatsmacht vom Proletariat erobert worden ist«, in ihren Reihen nur

eine Minderheit der Arbeiter organisiert haben. Bis dahin werde sie »unter günstigen Umständen« einen geistigen und politischen Einfluss »auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten« ausüben, ohne dass es ihr gelingen könne, »sie alle in ihren Reihen organisatorisch zu vereinigen«.

Das sei erst dann möglich, wenn die Partei »mächtige Beeinflussungsmittel wie die Presse, die Schule, das Parlament, die Kirche, den Verwaltungsapparat usw. der Bourgeoisie aus den Händen gewunden hat« und »nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Ordnung für alle klar wird«. Die Begriffe Partei und Klasse, wird hier unterstrichen, müssen »strengstens auseinandergehalten werden«. Es sei unter bestimmten historischen Bedingungen »sehr wohl möglich, dass die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchsetzt ist«. Aufgabe der Partei sei nicht die Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern es sei die, die gesamte Arbeiterklasse »bis zum Niveau des kommunistischen Vortrupps zu heben«. Die Verwechslung von Partei und Klasse führe zu strategischen Fehlern und Konfusion: »So beriefen sich zum Beispiel bei Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die Parteien der Sozialverräter aller Länder, indem sie die Bourgeoisie ihres »eigenen« Landes unterstützten, stets konsequent auf den entsprechend lautenden Willen der Arbeiterklasse. Sie vergaßen dabei, dass, selbst wenn dem so wäre, es die Aufgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge sein müsste, den Stimmungen der Mehrheit der Arbeiter entgegenzutreten (...).« Die Arbeiterpartei sei dazu da, »den Massen voranzugehen und ihnen den Weg zu zeigen«. Das Proletariat könne nicht revolutionär handeln, »ohne eine selbständige politische Partei zu haben«. Nur dann »wird die Eroberung der politischen Macht nicht als zufällige Episode erscheinen«, sondern Ausgangspunkt sein für einen »dauernden kommunistischen Aufbau der Gesellschaft«.

Fühlung mit den Massen

Aufgabe der Partei sei auch die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung, also »Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und dergleichen«. Die von den Syndikalisten geführte Propaganda gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei trage sachlich »nur zur Unterstützung der Bourgeoisie« bei. Der Syndikalismus mit seiner Forderung nach betrieblichen und politischen Einheitsorganisationen bzw. »Arbeiterunionen« bedeute einen Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der gegenrevolutionären Ideologie der rechten Sozialdemokraten, denn »allein

durch den Generalstreik, durch die Taktik der verschränkten Arme, kann die Arbeiterklasse nicht den Sieg über die Bourgeoisie davontragen«.

Die wichtigste praktische Aufgabe der Kommunisten sei, »immer in engster Fühlung mit den breitesten Schichten der Proletarier zu bleiben«. Sie sollen deshalb auch in Organisationen mitarbeiten, die »nicht parteimäßig sind, die aber große Proletarierschichten umfassen«. Und zwar selbst dann, wenn diese Organisationen einen »ausgeprägt reaktionären Charakter tragen«.

Aber auch die Arbeiterräte müssten systematisch von der kommunistischen Partei geleitet werden. Die Idee, als müsse sich die kommunistische Partei in den Räten auflösen, »als könnten die Räte die kommunistische Partei ersetzen«, wies die KI als »grundfalsch und reaktionär« zurück. Es komme nämlich schon darauf an, welche politische Linie die Arbeiterräte verfolgen. Sie sind nicht allein durch die Tatsache revolutionär, dass es sich um Arbeiterräte handelt: »In der Geschichte der russischen Revolution erlebten wir einen ganzen Abschnitt, in dem die Sowjets gegen die proletarische Partei marschierten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten.« Das beweise die Notwendigkeit einer Partei, die sich nicht einfach den Arbeiterräten »anpasst«. Daraus wiederum ergebe sich, dass »die kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht, nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nach Übergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse« bestehen bleiben müsse. Eher nehme ihre Bedeutung mit der Zeit zu: »Die Notwendigkeit einer politischen Partei des Proletariats fällt erst mit der völligen Auflösung der Klassen weg.«

Die kommunistische Partei werde sich erst dann vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, »wenn der Kommunismus aufhört, ein Kampfobjekt zu sein, und die gesamte Arbeiterklasse kommunistisch geworden ist«. Die kommunistische Partei als solche müsse nach innen »auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut« werden. Dieser wird definiert als »Wählbarkeit der oberen Parteizellen durch die untersten, die unbedingte und unerlässliche Verbindlichkeit aller Vorschriften der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität allgemein anerkannt ist für alle führenden Parteigenossen in der Zeit von einem Parteitag bis zum andern«.

Ausnahmen von der strengen Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit könne es dann geben, wenn die Partei illegal agieren müsse: Dann vermag die Partei sich nicht bei jeder ersten Frage des »demokratischen Referendums« zu bedienen. Die nicht zuletzt in Deutschland – etwa in der USPD und der KAPD – erhobene Forderung nach der Autonomie

für die einzelnen regionalen oder lokalen Parteiorganisationen wies die KI klar zurück; diese untergrabe die Aktionsfähigkeit und begünstige »die kleinbürgerlichen, anarchistischen, auflösenden Tendenzen«. In diesem Zusammenhang zog die KI eine weitere Lehre aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung insbesondere in Deutschland, wo sich vor allem die Reichstagsfraktion der SPD verselbständigt hatte und zu einer Schaltzentrale des rechten Parteiflügels geworden war: Die kommunistischen Parlamentsfraktionen aller Ebenen »müssen völlig der Kontrolle der Gesamtpartei unterstellt werden«; diejenigen Abgeordneten, »die sich in irgendeiner Form weigern, sich der Partei unterzuordnen, müssen aus den Reihen der Kommunisten ausgestoßen werden«. Auch die legale Presse müsse »völlig der Gesamtpartei und ihrem Zentralkomitee unterstellt werden«.

Zellen schaffen

Grundlage der gesamten Organisationstätigkeit der kommunistischen Partei müsse überall die Schaffung einer kommunistischen Zelle sein: »In jedem Arbeiterrat, in jeder Gewerkschaft, in jedem Konsumverein, in jedem Betrieb, in jedem Einwohnerratsausschuss (Mieterrat), überall, wo sich auch nur drei Mann finden, die für den Kommunismus eintreten, muss sofort eine kommunistische Zelle gegründet werden«. Jede einzelne dieser Zellen müsse der »Gesamtpartei strengstens unterstellt« sein. Die Internationale, hieß es, werde nur dann Kraft gewinnen, »wenn in allen Ländern, in denen Kommunisten leben und kämpfen«, diese »Anschauungen über die Rolle der kommunistischen Partei« durchgesetzt werden. In jedem Lande solle »nur eine einzige einheitliche kommunistische Partei bestehen«, die das »Sektierertum« genauso meide »wie die Prinzipienlosigkeit«.

Wie nun sollten die kommunistischen Parteien über diese allgemeinen Bestimmungen hinaus beschaffen sein, um als Sektionen in die KI aufgenommen zu werden? Bei der Klärung dieser Frage ging der II. Weltkongress von der Beobachtung aus, dass die KI »gewissermaßen Mode« geworden sei; mehrere Parteien, die sich von den rechtssozialdemokratischen Parteien getrennt, »aber nicht in der Tat kommunistische geworden sind«, drängten auf Aufnahme in die KI. Das zielte auf die zentristischen Organisationen – und hier neben der französischen sozialistischen Partei in erster Linie auf die deutsche USPD. Es gebe die Gefahr, dass die Internationale »durch wankelmütige und durch Halbheit sich auszeichnende Elemente, welche die Ideologie der II. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben, verwässert« werde. Zudem gebe es einige Parteien, deren Mitglieder bereits mehrheitlich auf dem Boden der KI stünden, die aber weiterhin reformistische Minderheiten duldeten, die nur auf den Augenblick warteten, »wieder das Haupt zu erheben«. Deshalb erachtete der II.

Weltkongress es als notwendig, eine Reihe von »Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale« zu formulieren.

Dieser als »21 Bedingungen« bekannt gewordene Katalog bildete in den folgenden Monaten den Hauptgegenstand des Fraktionskampfes unter anderem in der USPD um die Frage des Beitritts zur Kommunistischen Internationale. Er enthielt neben einer Reihe von strategischen und taktischen, zum Teil zeitbedingten Maßgaben (Verpflichtung zur kommunistischen Agitation im Militär, in den Gewerkschaften und auf dem Land, Notwendigkeit eines illegalen Apparates, Unterstützung der »Freiheitsbewegung in den Kolonien«, Pflicht zur Unterstützung jeder »Sowjetrepublik« usw.) eine Reihe von einschneidenden organisationspolitischen Vorgaben.

Die erste »Bedingung« lautete: »Die gesamte Propaganda und Agitation muss einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen.« Insbesondere dürfe in der Parteipresse von der Diktatur des Proletariats »nicht einfach wie von einer landläufigen, eingepakten Formel gesprochen werden«, sondern nur so, dass sie jedem Arbeiter verständlich werde »aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und die Tag für Tag ausgenützt werden müssen«. Die Presse sei der Partei zu unterstellen, um zu verhindern, dass diese eine Politik vertrete, »die der Politik der Partei nicht ganz entspricht«. Aus allen Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften usw. seien die reformistischen und zentristischen Funktionäre zu entfernen und durch Kommunisten ersetzt, »ohne sich daran zu stoßen, dass besonders am Anfang an die Stelle von »erfahrenen« Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen«. Die Parteien, die der KI anzugehören wünschten, wurden verpflichtet, »den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des »Zentrums« anzuerkennen« und diesen Bruch »in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren«. Die KI müsse ultimativ »die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist« fordern. Dazu müssten die Parteien sich nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus reorganisieren; in ihnen müsse »eiserne Disziplin« herrschen. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auch der »Bestand ihrer Parlamentsfraktionen einer Revision« zu unterziehen, und diese Fraktionen seien »nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied gefordert wird, seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation zu unterwerfen«. Allen

kommunistischen Parteien wurde die Pflicht auferlegt, von Zeit zu Zeit Neuregistrierungen ihres Mitgliederbestandes durchzuführen.

Hinsichtlich der internationalen Anbindung formulierte der Kongress folgende Bedingungen und Grundsätze: Die Programme der einzelnen Parteien müssen durch den Kongress oder das Exekutivkomitee der KI bestätigt werden; alle Parteien müssen ihren Namen ändern (in »Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der Kommunistischen Internationale)«; alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale bzw. die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind als für alle Mitgliedsparteien bindend anzuerkennen; die Parteipresse ist verpflichtet, alle wichtigen Dokumente der Internationale abzudrucken. Im Gegenzug wurde die KI bzw. ihre Exekutive verpflichtet, in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und »Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit« nur in den Fragen zu fassen, »in denen solche Beschlüsse möglich sind«.

In der Summe zeigen diese programmatischen Dokumente die hohe Reife, die die kommunistische Weltbewegung im Jahr 1920 bereits erreicht hatte. Die Schwierigkeit bestand auch für die KI darin, Programm und Praxis einander anzunähern.